



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/188

Bonn, den 15. August 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Wird die Diskriminierung Deutschlands fortgesetzt?	S. 1
Mao und der Kreml	S. 3
Probleme der polnischen Emigration	S. 4
Der Schiffbruch eines BHE-Programmes	S. 6

Die deutschen Auslandsvermögen

(sp) Die Hohe Kommission hat ein Gesetz zur Regelung der Rückerstattung deutscher Auslandsvermögen angekündigt. Das bedeutet zunächst nur, daß an die Stelle des Gesetzes Nr. 5 des Kontrollrates, das die Wegnahme aller deutschen Auslandsvermögen zu Reparationszwecken vorsieht, ein Gesetz der Hohen Kommission treten wird. Bevor die Bundesregierung im April in einer Note um einen Liquidationsstop gebeten hatte, war von den Hohen Kommissaren betont worden, daß sie 1) ihre Kompetenz für diese Frage erhalten würden und 2) daß sie jede Koppelung der Regelung der deutschen Auslandsschulden mit der Klärung der Frage der Auslandsvermögen ablehnen. Diese Haltung an der auch das angekündigte Gesetz nichts ändern wird, ist umso bedauerlicher, als ein Teil der Länder, in denen sich deutsches Vermögen befindet, durchaus zu direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit ist. Die Trennung von Auslandsschulden und Auslandsvermögen muß gleichzeitig als eine Fortsetzung der Diskriminierung Deutschlands angesehen werden; denn es gibt wohl nur Argumente Morgenthau, mit denen es sich begründen ließe, warum die Bundesrepublik zwar ihren Verpflichtungen nachkommen, aber nicht ihre Ansprüche realisieren soll.

Es steht außer Zweifel, daß die Enteignung privater deutscher Vermögen im Ausland dem Völkerrecht widerspricht und

deran wird sich auch nichts ändern, wenn es nun zu einem tatsächlichen Liquidationsstop käme. Was wird denn zurückerstattet werden? Es heißt, von vornherein sind davon alle Vermögen ausgenommen, über die "bereits verfügt wurde". Das sind die beschlagnahmten, die der Liquidation übergebenen und die bereits liquidierten Werte. Die prinzipiell bestehende Chance, daß wenigstens in einzelnen Ländern die Liquidationserlöse zurückerstattet werden, besteht solange nur theoretisch, wie die Bundesregierung nicht selbständig die entsprechenden Verhandlungen aufnehmen darf. Es sind nach sehr vorsichtigen Schätzungen von Experten Werte von acht Milliarden Mark, die uns auf diese Weise genommen bleiben. Dazu kommen noch die deutschen Wertpapiere, die seit dem Februar dieses Jahres von den Teilnehmerstaaten des Reparationsabkommens unter Berufung auf das Kontrollratsgesetz Nr. 53 ins Ausland verbracht werden, nachdem diese Aktien bis dahin in den Tresoren der Landeszentralbanken lagen. Bei diesen Aktien handelt es sich eindeutig, wie ein Spruch des Obersten Gerichtshofes in New-York auch bestätigte, um Inlandsvermögen. Der Vermögenswert einer Inhaberaktie, so entschied das Gericht, liegt nämlich dort, wo sich die Urkunde befindet. Trotzdem wurden diese Wertpapiere in Deutschland gemäß dem Gesetz 53 beschlagnahmt, um dann gemäß Gesetz Nr. 5 enteignet zu werden.

Wenn das bevorstehende Gesetz der Hohen Kommission diese Lage sanktioniert und es - wie angenommen wird - nur zu einer neuen Formulierung, aber nicht zu einer Beseitigung des Unrechts kommt, dann ist ein Beweis mehr für die ganze Fragwürdigkeit der von den Alliierten angestrebten Neuordnung ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik erbracht. In der Politik und noch sichtbarer in der Wirtschaftspolitik sind es nicht die programmatischen Erklärungen, sondern die konkreten Tatsachen der Gesetze, Statuten und Vereinbarungen, von denen die Gleichberechtigung bestimmt wird. Wie soll man denn den Appellen um Zusammenarbeit vertrauen oder gar auf diese Appelle eine Politik gründen, wenn bei der Klärung jeder auftretenden praktischen Frage auf Seiten der Alliierten nur die Prinzipien eines kompromißlosen Besatzungsregimes bestimmen?

Die Bundesregierung, der in den letzten vierzehn Tagen genug

Lektionen über die Relation zwischen dem "Geist" und den Tatsachen der "Gleichberechtigung" erteilt wurden, wird mit dem Gesetz über die Rückerstattung deutscher Vermögenswerte im Ausland einmal mehr erkennen müssen, wohin ihre einseitigen - Vorleistungen genannten - Leistungen führen. Sie verankern die Prinzipien des Besatzungsrechts in der sogenannten Neuordnung des deutsch-alliierten Verhältnisses.

+ + +

" M a o i s m u s "

-f. Die politische Sprache ist um einen neuen Ismus bereichert worden, bevor sein Inhalt auch noch einigermaßen zuverlässig feststeht: Maoismus. Er ist nach dem Muster Titoismus gebildet worden, hat aber gegenüber dieser heute gebräuchlichen Bezeichnung für die jugoslawische Spielart des Kommunismus den Nachteil, daß er den Ereignissen voraussetzt. Noch gibt es keine eindeutig faßbaren Beweise für einen chinesischen Titoismus, für den man nach dem chinesischen Kommunistenführer Mao bereits einen Namen hat. Maoismus kann vorerst nur die unbestreitbare Tatsache bezeichnen, daß das kommunistische China unter Mao im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang kein willenloser Satellit des Kreml ist. Die amerikanische Propaganda, die in ebenso billiger wie törichter Vereinfachung China auf die Stufe Polens oder Bulgariens stellte, hat einiges umzulernen. Sie ist jetzt eher geneigt, nach der Gegenseite nicht weniger willkürlich zu übertreiben.

Die Vorstellung, der Kreml könne über das Politbüro in Peking die Geschicke des 450-Millionen-Volkes des Reiches der Mitte lenken, bewies eine erstaunliche Unkenntnis der chinesischen Geschichte im allgemeinen und der Geschichte des chinesischen Kommunismus im besonderen. Seit der Erweiterung des russischen Reiches in der Richtung Wladiwostok ist Rußland der Gegner Chinas. Die Ablösung des zaristischen Imperialismus durch den sowjetischen hat daran nicht nur nichts geändert, sondern bis zur Machtübernahme Maos ist die Beschneidung, Zersplitterung und Zersetzung der nordchinesischen Randgebiete von den Russen offen und mit großem Erfolg, seit der Bolschewisierung Chinas getarnt und mit schwindendem Erfolg betrieben worden.

Es kommt ein sehr wesentliches Moment hinzu: Mao hat keine Veranlassung, dem Kreaml sonderlich dankbar zu sein. Er stand schon vor den Toren Pekings, als Moskau immer noch seine Freundschaft mit Tschiang Kai-schek betonte. China ist von den Armeen Maos ohne Hilfe Moskaus erobert worden, wenn man von der Überlassung eines Teils der japanischen Beutewaffen nach der russischen Ausplünderung der Mandschurei absieht. Der Kreaml hat die Erfolge der chinesischen Kommunisten mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen. Ein China unter Tschiang-Kai-schek, das ihm mit Roosevelts und Churchills Hilfe die Herrschaft über die Mandschurei hatte ausliefern müssen, war den Machthabern in Moskau lieber.

Der koreanische Krieg, der die Chinesen viel Blut und Material gekostet hat, ist ebenfalls bis heute auf chinesischer Seite praktisch ohne russische Hilfe durchgefochten worden, so freigebig Moskau auch mit propagandistischer Hilfe war, die nichts kostete.

Diese chinesischen Erfahrungen sind nicht dazu angetan, die Bande zwischen Peking und Moskau zu stärken. Aber es wird noch einige Zeit dauern, bis der Marxismus zu einem weltpolitischen Faktor wird. Diese Zeit abzukürzen, liegt auch in der Hand Washingtons. Dazu bedürfte es allerdings einer grundlegenden Wandlung in der amerikanischen China-Politik. Die amerikanische Unterstützung Tschiang Kai-scheks, die offensichtlich noch verstärkt werden soll, kann nur dazu dienen, die Frist zu verlängern.

+ + +

Die Zersplitterung der polnischen Emigration

O.H. Die Zersplitterung in Gruppen und Grüppchen war von jeher das Grundübel einer jeden politischen Emigration. Das ist leider auch in mehr oder weniger großem Umfang bei den im Exil lebenden demokratischen Politikern der unter die sowjetische Herrschaft geratenen osteuropäischen Länder der Fall. Besonders tief hat sich dieser Spaltpilz in die im Westen lebende polnische Emigration eingefressen.

Bekanntlich besteht in London noch immer eine - wenn auch von den Mächten nicht mehr anerkannte - polnische Exilregierung mit einem Staatspräsidenten an der Spitze. Um die Besetzung des Amtes

des Exil-Staatspräsidenten ist innerhalb der polnischen Emigration ein unüberbrückbar erscheinendes Zerwürfnis entstanden. Als im Jahre 1947 der während des Krieges legal zum Staatspräsidenten gewählte ehemalige Wojewode von Krakau, Raczkiewicz, starb, schaltete die durch ihre halbfaschistischen Regierungsmethoden und durch ihr Paktieren mit Hitler vor dem Kriege schwer belastete sogenannte Senacjagruppe den als Nachfolger des verstorbenen Staatspräsidenten vorgesehenen Sozialistenführer Tomasz Arciszewski aus, indem sie den sterbenskranken Raczkiewicz in seinen letzten Stunden bewog, die testamentarische Bestimmung zu ändern und den ehemaligen Außenminister der Pilsudski-Regierung, August Zaleski, zu seinem Nachfolger einzusetzen. Die polnischen Sozialisten traten daraufhin aus der Regierungskoalition aus und verliessen auch den Nationalrat. Ihnen folgte die polnische Nationalpartei und ein Teil der Bauernpartei, mit denen sie als Gegengewicht zu dem Rumpfnationalrat Ende 1949 einen Politischen Rat bildeten, der für sich in Anspruch nimmt, die demokratischen Kräfte der polnischen Emigration zu repräsentieren.

Als dritte Gruppe der polnischen Emigration, die gleichfalls Anspruch auf Vertretung Gesamtpolens erhebt, ist der Kreis um den jetzt in den USA lebenden ehemaligen Exilministerpräsidenten und Bauernführer Mikolajczyk zu nennen, der eine weitgehende Förderung amerikanischer Stellen erfährt und zusammen mit im Exil lebenden Bauernführern anderer osteuropäischer Staaten die sogenannte Grüne Internationale dieser Völker gebildet hat. Mikolajczyk werfen die in London lebenden Polen vor, durch seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Warschau in den Jahren 1945 bis 1947 zur Legalisierung des Warschauer Regimes beigetragen und damit der polnischen Emigration die Anerkennung als offizielle Vertretung des freien Polens genommen zu haben.

Alle Gruppen der polnischen Emigration haben ihrem Bedauern über diese Zersplitterung immer wieder Ausdruck gegeben, doch waren die Fronten bis jetzt völlig festgefahren. Nun ist der Nationalrat der von den ausgeschiedenen Gruppen aufgestellten Forderung endlich nachgegeben und hat sich aufgelöst. In spätestens 90 Tagen muß der neue Nationalrat zusammentreten, dessen Mitglieder vom Staatspräsidenten mindestens zur Hälfte auf Grund von Vorschlägen der

politischen Parteien, ferner aus den Kreisen der im Exil lebenden kirchlichen Hierarchie, der Literatur, Kunst und Wissenschaft, der sozialen Organisationen und der nationalen Minderheiten berufen werden.

+ + +

Das soziale Gewissen versagte

(sp) Der Vorsitzende des BHE in Schleswig-Holstein, Herr Kraft, hatte sich vor der Landtagswahl 1950 dahingehend geäußert, daß der BHE in jeder Regierung das "soziale Gewissen" sein würde. Nach fast einjähriger Regierungstätigkeit einer Wahlblock-BHE-Regierung, bei der das gesamte Sozialwesen unter der Verantwortung eines BHE-Ministers stand, stellt nun die Landesvertriebenen-Konferenz der SPD Schleswig-Holstein in einer Entschliebung fest, daß die Äußerungen Krafts infolge der BHE-Politik nur ein billiges Versprechen gegenüber den Heimatvertriebenen geblieben sind.

Von dem sozialen Neun-Punkte-Sofortprogramm des BHE sind
n i c h t verwirklicht:

1. Neufassung des Flüchtlingsgesetzes
(Wörtlich heißt es: "Wir haben keine Zeit, auf das Schnecken-tempo des Bonner Gesetzgebers zu warten").
2. Maßnahmen zur wirkungsvollen Durchführung des Flüchtlings-Siedlungsgesetzes.
3. Beschleunigte Durchführung der Besiedlung des durch die Bodenreform anfallenden Landes.
4. Maßnahmen zur Eingliederung der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Handwerk, Handel, Gewerbe und freie Berufe.
5. Inangriffnahme einer Verwaltungsreform: Rücksichtsloser Abbau in den Spitzen der Verwaltung.
6. Alle Bediensteten der öffentlichen Verwaltung sind ausschließlich nach fachlichen und charakterlichen Gesichtspunkten auszuwählen. Die Auswahl nach parteipolitischen Gesichtspunkten ist in Zukunft disziplinarisch zu ahnden.
7. Aufbau einer Landesnothilfe zur Linderung dringender sozialer Notstände.

Praktisch hat der BHE nur einen Punkt, die Kommunalwahl, durchgesetzt.

Am Schluß der letzten Regierungskrise hat sich der BHE Schleswig-Holsteins wieder mit den besitzverteidigenden Interessenspolitikern verbündet, mit denen er zusammen die Verantwortung für die jetzige katastrophale Situation des Landes trägt, ohne daß die vom BHE geforderte Hilfe der Bundesregierung wirklich garantiert wurde.

Diese Haltung ist umso mehr zu verurteilen, als dadurch die Durchführung einer fortschrittlichen sozialen Gestaltung der Verhältnisse der Vertriebenen und des Landes unmöglich gemacht wird und darüber hinaus der BHE die Position der Bonner Koalition in Fragen des Schuman-Planes und der Remilitarisierung ausschlaggebend stärkt.

Das bedeutet, folgert die Entschließung der schleswig-holsteinischen Landesvertriebenen-Konferenz daraus, daß der BHE diese Gesetze, deren Durchführung die soziale Not verschärfen und Deutschland als eine Nation minderen Ranges bestehen lassen, billigt und aktiv unterstützt, damit aber auch die Interessen der Heimatvertriebenen andere sind als die der Führer des BHE.

Ein Jahr BHE-Regierungspolitik hat in Schleswig-Holstein gezeigt, daß die politische Heimat der Vertriebenen die Sozialdemokratie ist und bleiben wird.

+ + +

Kommt, Genossen, ich habe gerade etwas Zeit
Kleiner Ostzonen-Pressespiegel

In Niemeck, Kr. Bitterfeld, wird durch den Wettbewerb die Ernte schneller eingebracht. ... Die Bauern von Niemeck sind von ihrem Wettbewerb so begeistert, daß sie die ganze Dorfbevölkerung mitreisen. Keine Minute lassen sie ungenutzt. Oft ist der Vorsitzende der Druschkommission, Neubauer Merz, an den Maschinen zu finden. Mit den Worten "Kommt, Kollegen, ich habe gerade etwas Zeit" hat er schon mehrere Male die Initiative ergriffen. - Rüstig schreitet auch der Zwischenfruchtanbau voran. Über 70 Prozent wurden schon gedrillt. Die Bauern wollen aber in diesem Jahr den Zwischenfruchtanbau auf 300 Prozent steigern

("Freiheit", 30.7.51)